

# Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz

Ergebnisse eines Forschungsprojekts

Kinderschutzkongress zu aktuellen Entwicklungen in Niedersachsen/Hannover  
am 29. Mai 2017

gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Ausgangspunkte

1979



2000



# Gesetzliche Änderungen seit 1998

**1998:** Kindschaftsrechtsreformgesetz

**2005:** Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK)

**2008:** Reform des § 1666 BGB

**2009:** Ersetzung des alten FGG durch das FamFG

**2012:** Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) mit dem Gesetz zur Kommunikation und Information im Kinderschutz (KKG) und erheblichen Veränderungen im SGB VIII

# Fragestellungen

- Welche quantitative Dimension kommt dem zivilrechtlichen Kinder- und Jugendschutz zwischen Jugendhilfe und Justiz gegenwärtig zu?
- Welche individuellen und institutionellen Handlungsmuster und Erledigungsstrategien liegen den Tätigkeiten von Jugendämtern und Familiengerichten zugrunde?
- Wie gestaltet sich das fachliche Zusammenwirken von Jugendämtern und Familiengerichten im Kinderschutz?
- Wie nehmen betroffene Eltern und Kinder die Verfahren am Jugendamt und am Gericht wahr?

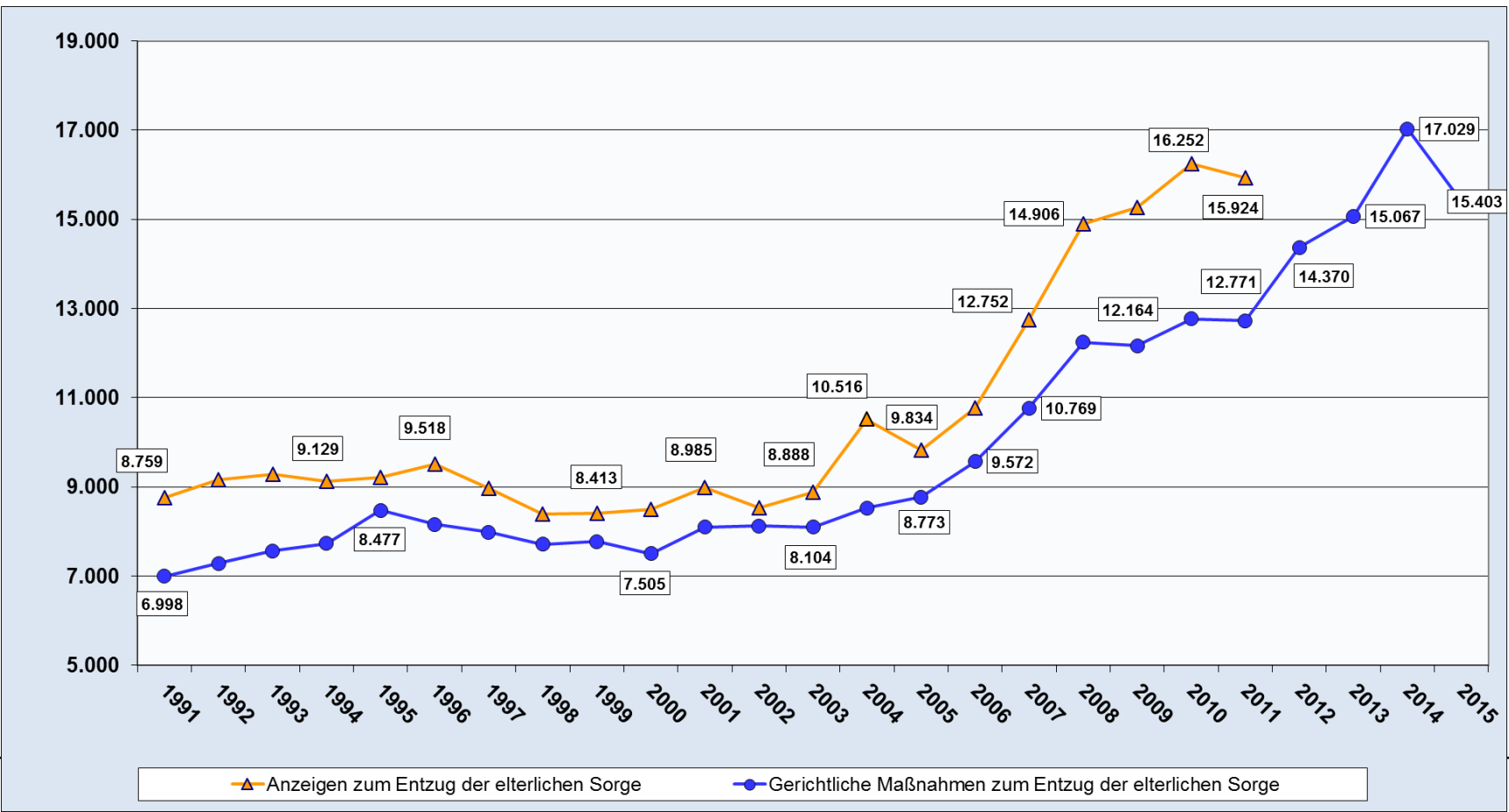
**Welche spezifischen Veränderungen des fachlichen Handelns zur Verbesserung des Kinderschutzes in Folge der Gesetzesänderungen der letzten 15 Jahre lassen sich identifizieren?**

# Erhebungsmethoden

- **Sekundärstatistische Analysen**
- **Quantitative Befragung in den beteiligten Jugendämtern**  
Strukturierte Fallerhebung
- **Qualitative Experteninterviews**  
Fachkräfte der Jugendämter  
Familienrichter\*innen  
Verfahrensbeistände
- **Qualitative Interviews mit Betroffenen**  
Eltern  
Jugendliche/junge Erwachsene

# Kinder- und Jugendhilfestatistik

# Anzeigen zum Entzug der elterlichen Sorge und gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge (1991-2015)



Quelle:  
Statistisches  
Bundesamt  
2016

# Familiengerichtliche Maßnahmen in den Jahren 2012 bis 2015 gesamt

	2012	2013	2014	2015
Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	8.970	8.360	8.446	8.730
Andere Gebote oder Verbote gegenüber Personensorgeberechtigten oder Dritten gem. § 1666 Abs. 2 bis 4 BGB	3.355	3.337	3.678	3.637
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	2.102	1.534	1.598	1.635
Vollständige oder teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einem Dritten als Vormund/Pfleger gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	14.370	15.067	17.029	15.403
<b>Gerichtliche Maßnahmen gesamt</b>	<b>28.797</b>	<b>28.298</b>	<b>30.751</b>	<b>29.405</b>



Wie viele Minderjährige waren im Jahr **1994** von einem (teilweisen)  
Sorgerechtsentzug betroffen?

...von 100.000 jungen Menschen in

Baden-  
Württem-  
berg

26



Bayern

42



Deutschland

49



Niedersachsen

45



Hamburg

101

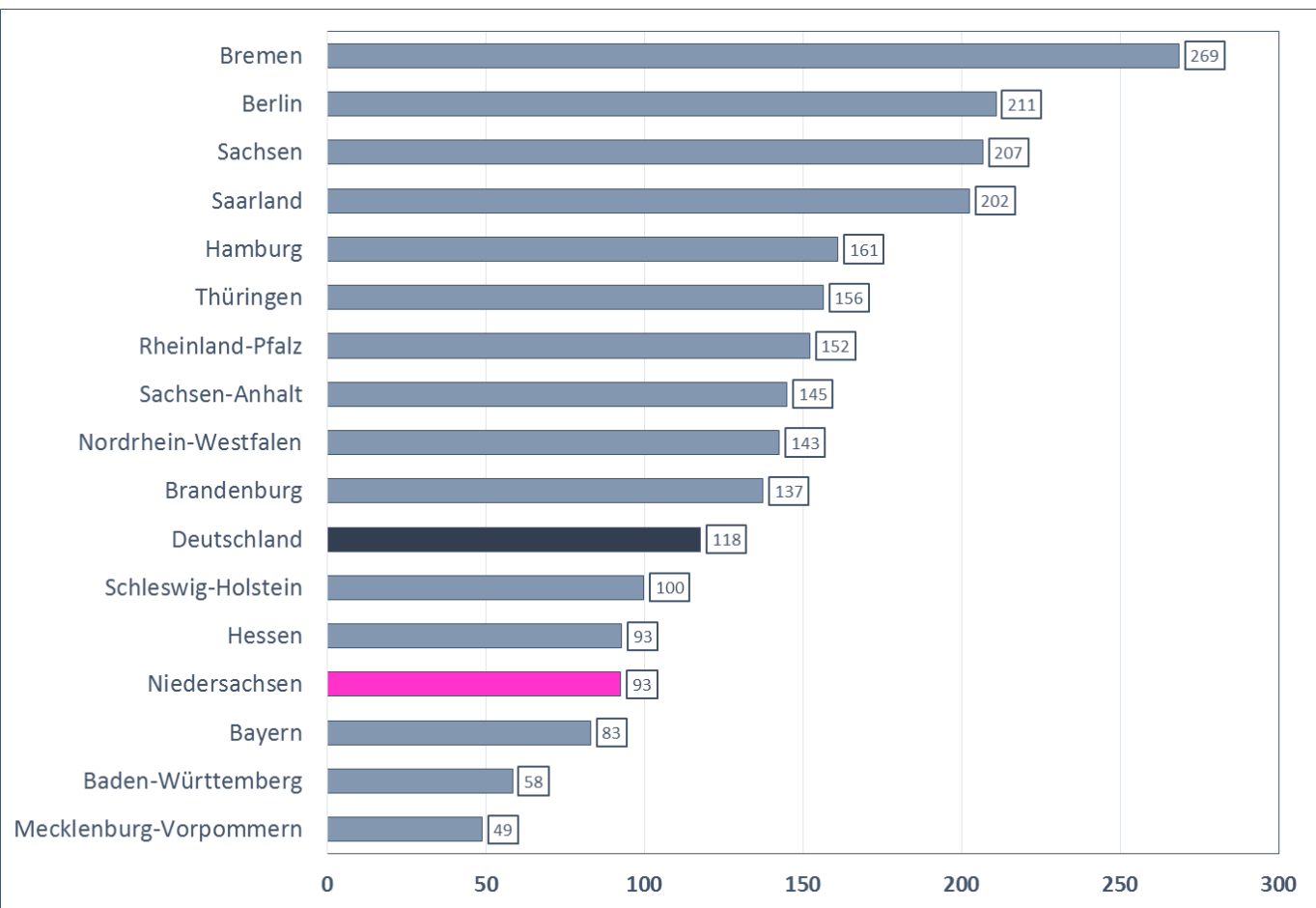


NRW

64



# Sorgerechtsentzüge je 100.000 Minderjährige nach Bundesländer im Jahr 2015

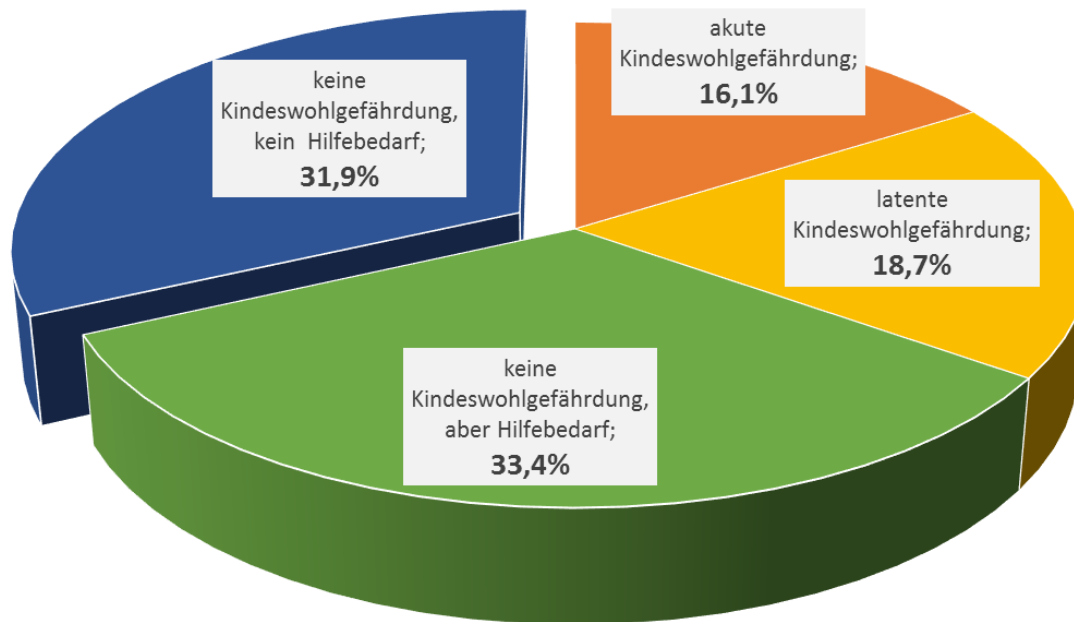


Quelle: Statistisches Bundesamt 2016

## ... auf örtlicher Ebene, z.B.:

	Einwohnerzahl	Quote ALG II Empfänger*innen	Sorgerechts- entzüge pro 100.000 MJ
Stadt Leverkusen	161.540	7,0%	100
Stadt Solingen	156.771	6,8%	144
Stadt Amberg	41.535	4,2%	226
Stadt Straubing	46.027	4,7%	553

# Verfahren an Jugendämtern zur Einschätzung von Kindeswohlgefährdung im Jahr 2015



Gefährdungsein-  
schätzungen im Jahr  
2015 gesamt:

**129.485**

# Einzelfallerhebung an Jugendämtern

## Beteiligte Jugendämter


### Großstädte mit mehr als 1 Mio. Einwohner\*innen

Berlin-Neukölln und –Pankow (Berlin)

Köln-Ehrenfeld (Nordrhein-Westfalen)

München (Bayern)

### Städte mit weniger als 250.000 Einwohner\*innen

Celle (Niedersachsen) 

Cottbus (Brandenburg)

Eisenach (Thüringen)

Emden (Niedersachsen) 

Kassel (Hessen)

Kiel (Schleswig-Holstein)

Regensburg (Bayern)

Unna (Nordrhein-Westfalen)

### Großstädte mit 250.000 bis unter 1 Mio. Einwohner\*innen

Dresden (Sachsen)

Stuttgart (Baden-Württemberg)

### Landkreise

Frankental (Rheinland-Pfalz)

Minden-Lübbecke (Nordrhein-Westfalen)

Osnabrück (Niedersachsen) 

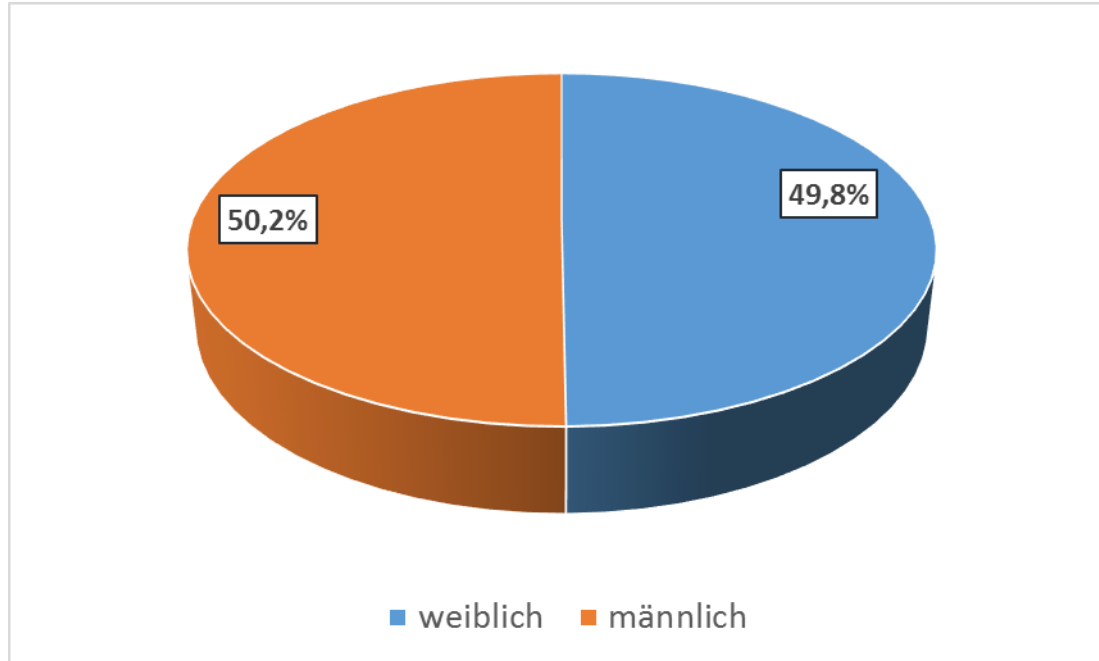
Ostprignitz (Brandenburg)

Stormarn (Schleswig-Holstein)

Wetteraukreis (Hessen)

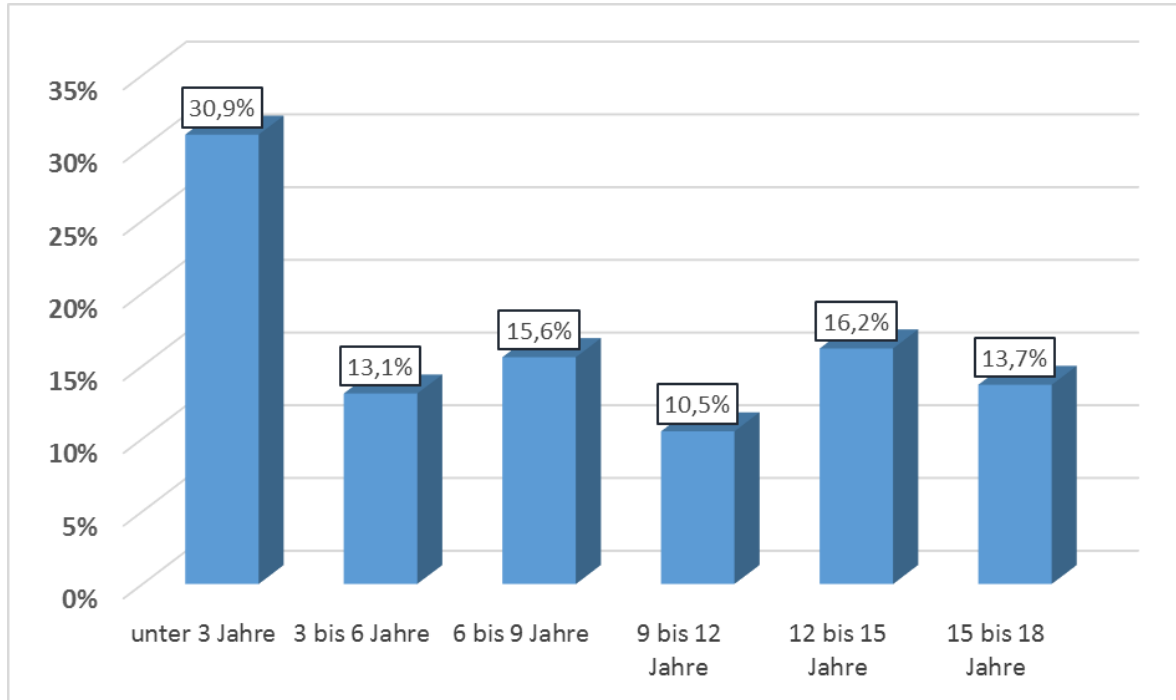
Rücklauf insgesamt: **3 | 8 Einzelfälle**

## Geschlecht der Kinder (n=318)

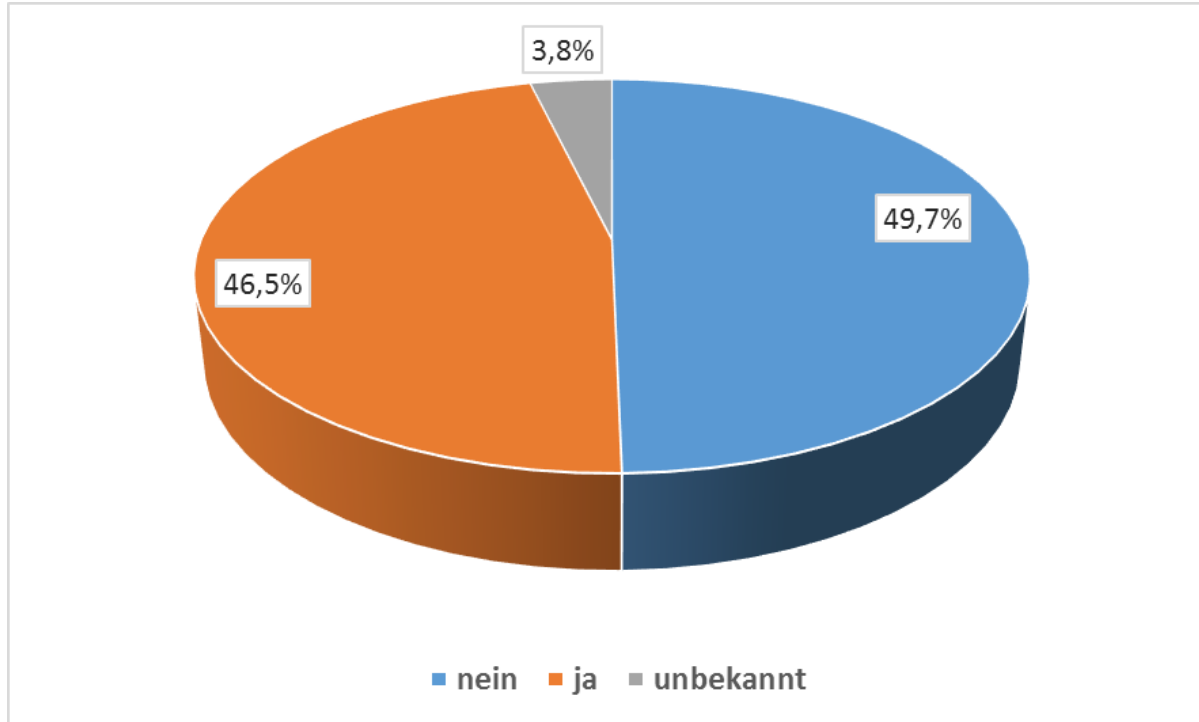




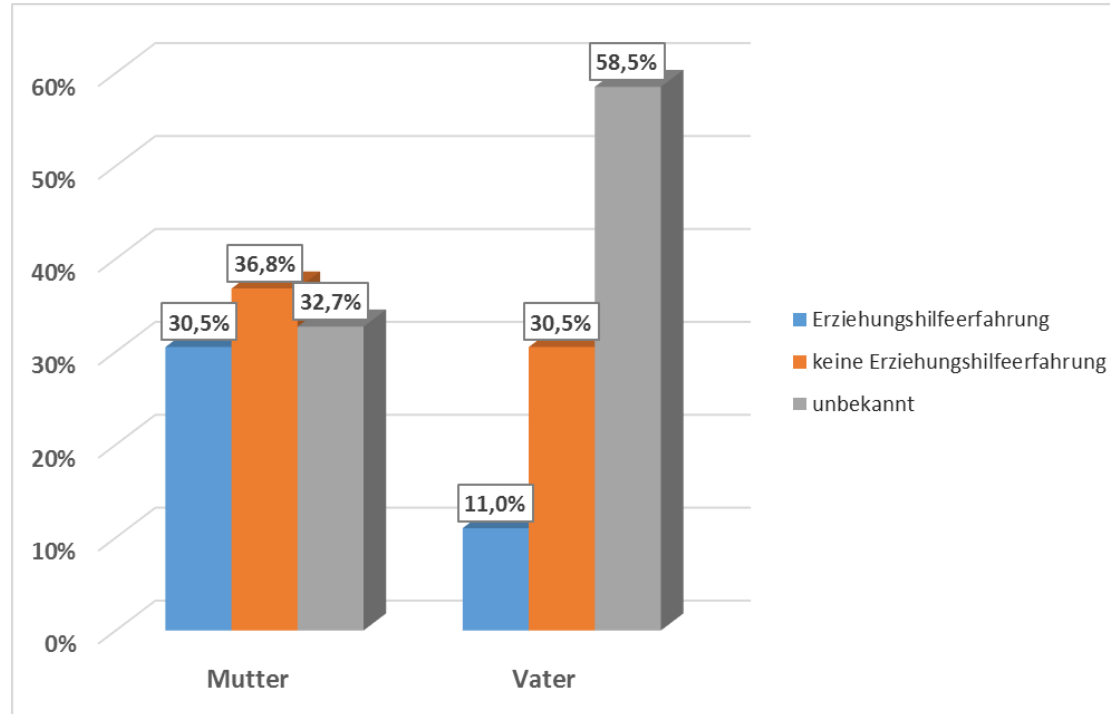
## Alter der Kinder (n=318)



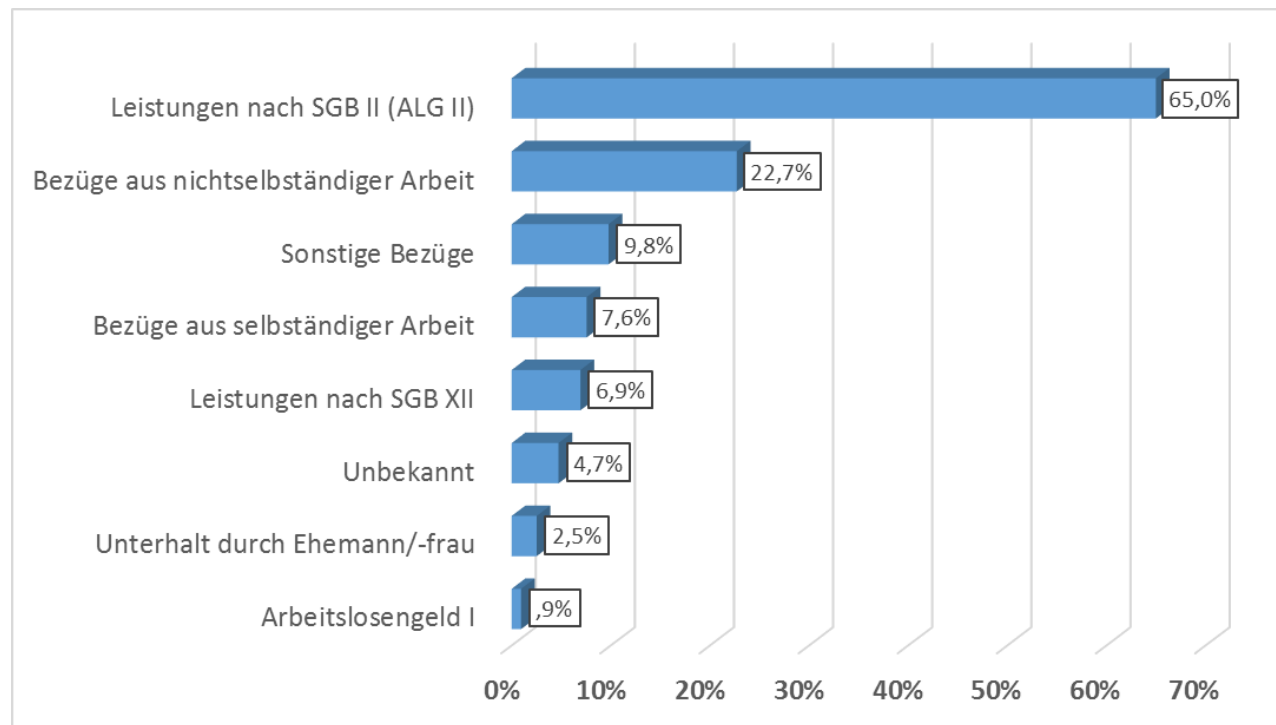
## Haben Mutter oder Vater einen Migrationshintergrund? (n=318)



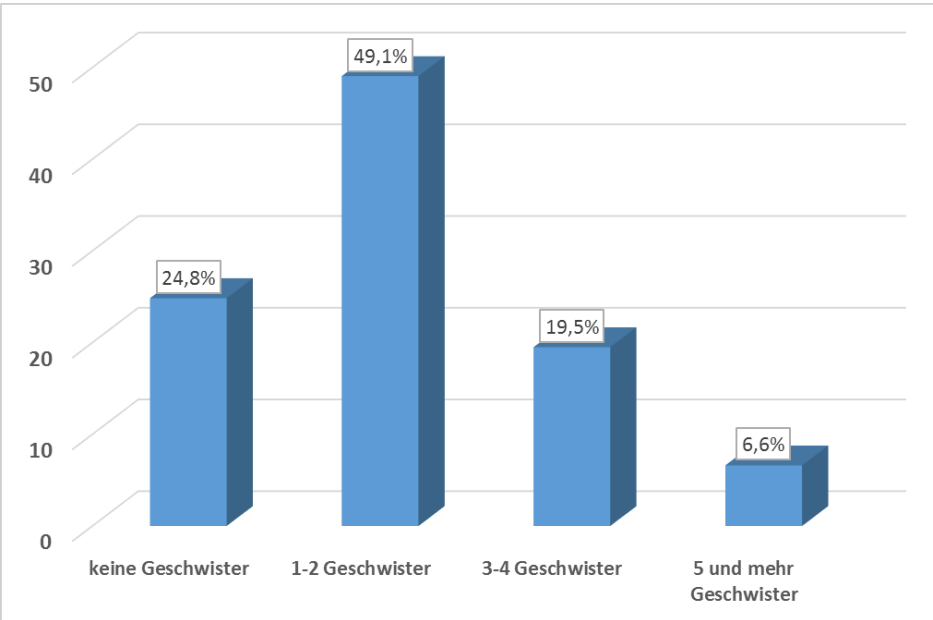
## Eigene Erfahrungen der Eltern mit erzieherischen Hilfen (n=318)



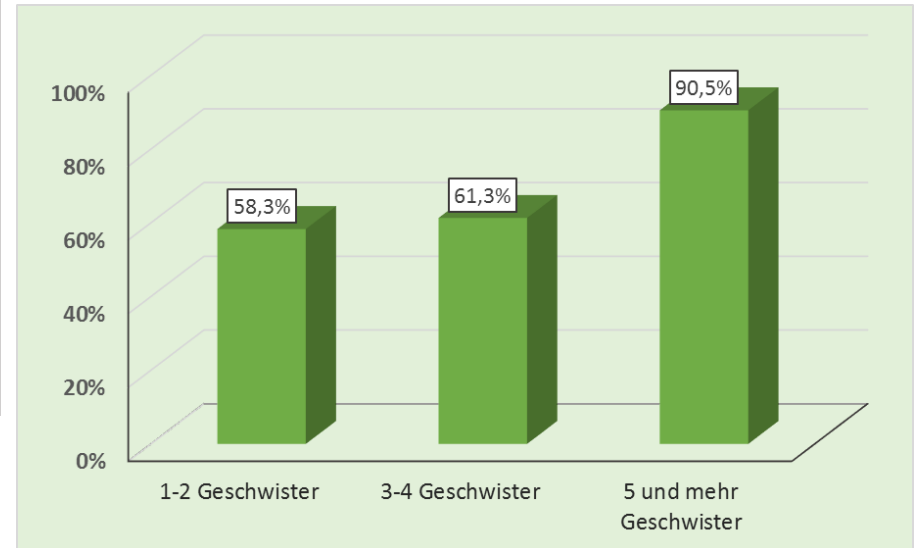
## Lebensunterhalt der Familie des Minderjährigen (Mehrfachantworten) (n=318)



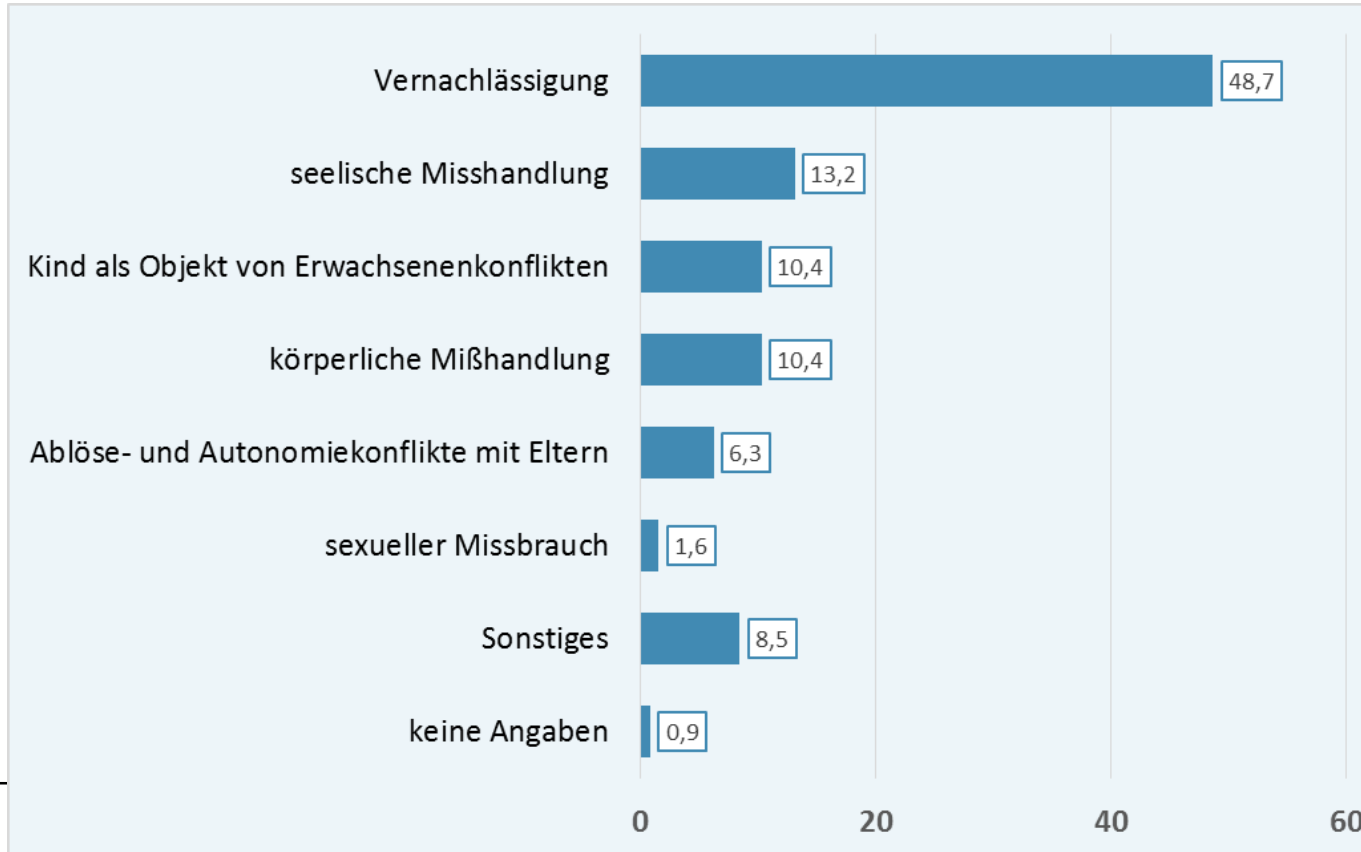
## Anzahl der Geschwister (n=318)



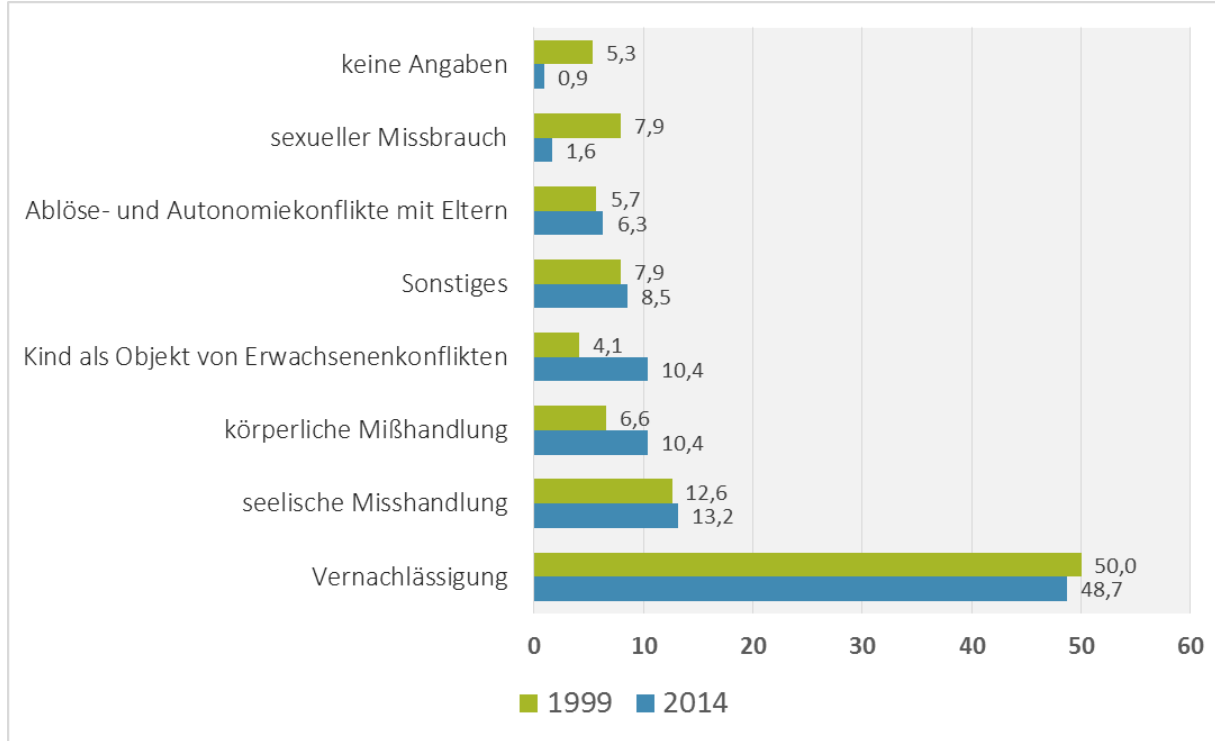
In wie viel Prozent der Fälle fand auch bei Geschwistern ein Kindeswohlverfahren statt? (n=239)



## Art der Kindeswohlgefährdung (Hauptgefährdungslagen) (n=318)



## Art der Kindeswohlgefährdung 1999 und 2014 im Vergleich



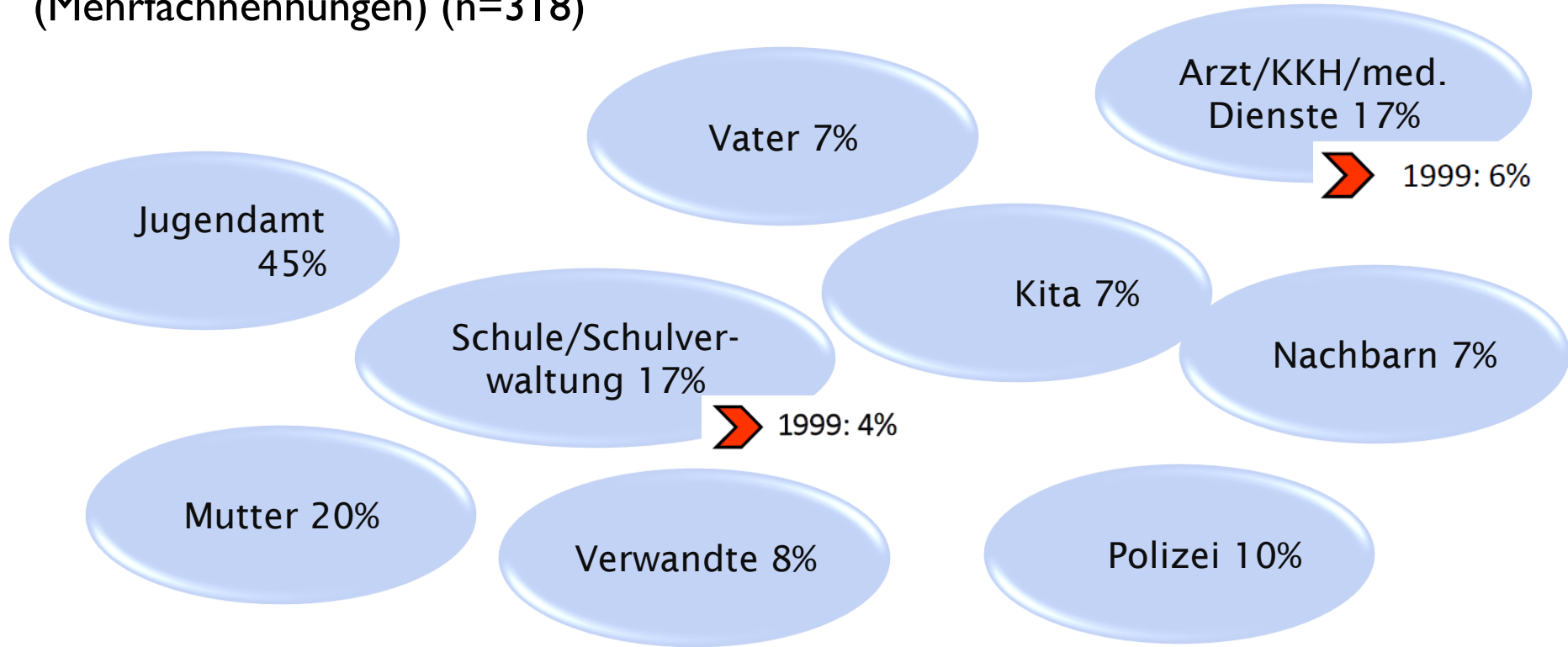
# Welche familiären Problemlagen waren von hoher bzw. extremer Belastung für die Familien? (Mehrfachnennungen) (n=318)

Ø 7,4 Nennungen

geringe psychische Belastbarkeit von Eltern	68,6%	Arbeitslosigkeit	29,6%
Partnerkonflikte, Trennung/Scheidung	66,0%	Isolation der Familie im Wohnumfeld	25,8%
traumatische Familienereignisse	57,9%	Migrationserfahrung	20,4%
Alleinverantwortung für das Kind	51,9%	fehlende Sprachkompetenz	17,3%
Einkommensarmut	48,7%	Suchtprobleme von Eltern: synthetische Drogen (Crystal Meth, Heroin)	17,0%
eigene Mangelerfahrungen von Eltern in ihrer Kindheit	47,2%	körperliche Krankheit/Behinderung von Eltern	13,5%
soziale Desintegration in der eigenen Familie	39,6%	unerwünschte Schwangerschaft (beim aktuell gefährdeten Kind)	7,9%
psychische Krankheit/Behinderung von Eltern	39,6%	geistige Behinderung von Eltern	3,5%
unzureichende Wohnverhältnisse	35,8%	Suchtprobleme von Eltern: (virtuelle Spiele, Spielautomaten, Karten)	2,5%
Sorgerechts-/Umgangskonflikte	31,1%		
Delinquenz von Familienangehörigen	30,8%		
Suchtprobleme von Eltern: Tabletten, Alkohol, Cannabis	30,2%		



## Von wem ging die Initiative zum Kontakt zwischen Jugendamt und Familie aus? (Mehrfachnennungen) (n=318)



## Warum wurde aus Sicht des Jugendamtes die Information des Familiengerichts notwendig? (n=318)

6,7%

...wegen einer **akuten Notlage** einer dem JA vorher **nicht bekannten** Familie

18,6%

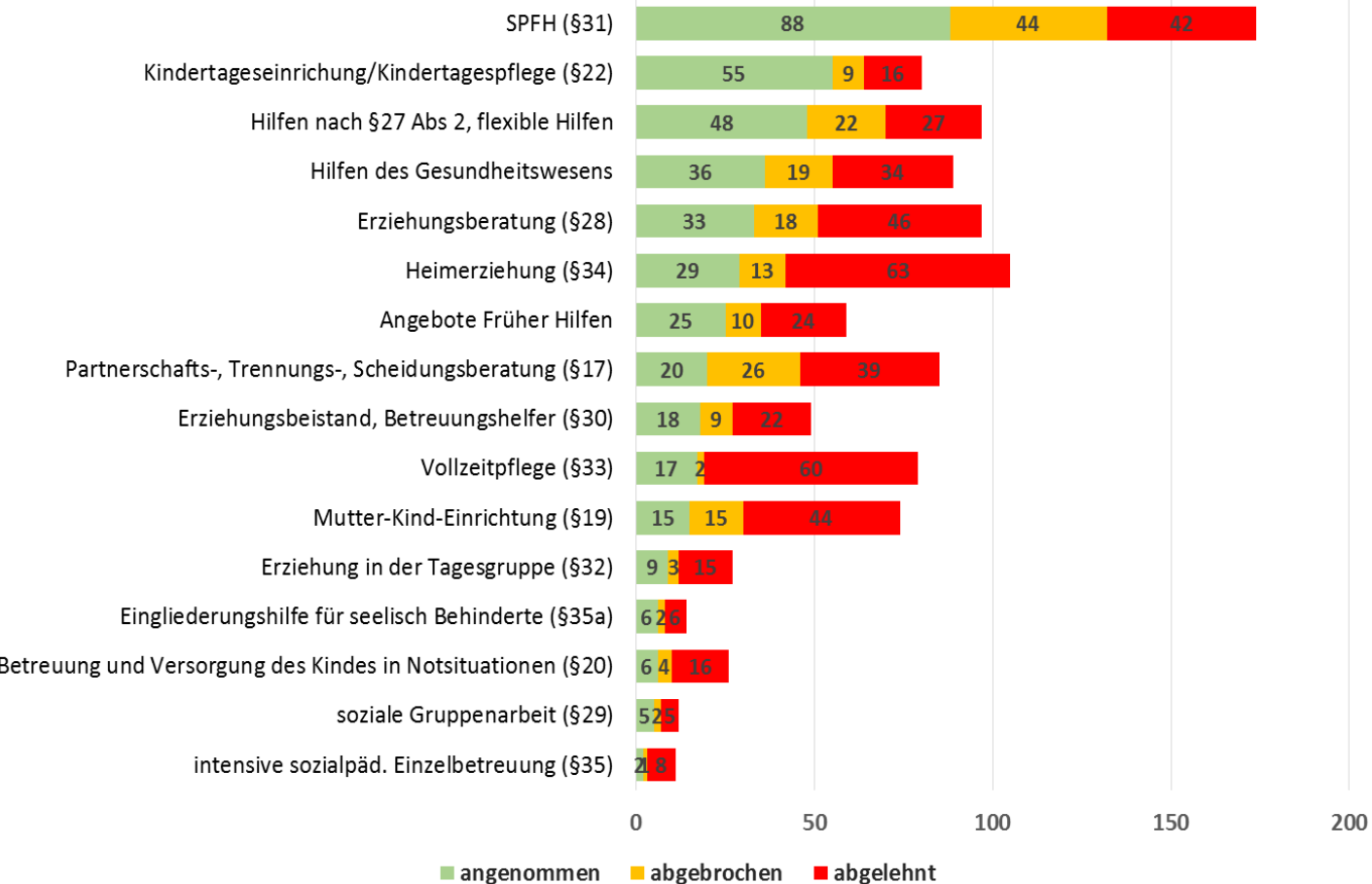
Wegen einer **akuten Notlage** einer dem JA **bekannten** Familie

36,5%

War Ergebnis einer sich **zuspitzenden Kindeswohlgefährdung** bei **verweigerter** Inanspruchnahme von Hilfen

38,1%

War Ergebnis einer sich **zuspitzenden Kindeswohlgefährdung** **trotz bestehender** Hilfen zur Erziehung



Welche Hilfen wurden im Vorfeld angeboten, angenommen, abgebrochen, abgelehnt (Mehrfachnennungen) (n=318)?

**43%** abgelehnt

**18%** zunächst  
angenommen, dann  
abgebrochen

**39%** angenommen

## Einverständnis des/der Jugendlichen mit der vorgeschlagenen Hilfe?

	Zustimmung	Ambivalenz	Ablehnung	Nicht bekannt
Alle Minderjährigen	17,6	13,8	11,6	56,9

	Zustimmung	Ambivalenz	Ablehnung	Nicht bekannt
15-18 Jährige	37,2	18,6	18,6	25,6

# Wie häufig wurden Minderjährige vom Richter bzw. der Richterin angehört?

Bezogen auf **alle** erhobenen Fälle:

39%

Bezogen auf Kinder, die **älter als 7 Jahre** waren:

61%

Bezogen auf Kinder, die **älter als 14 Jahre** waren:

79%

Bezogen auf Fälle, bei denen ein **(teil-)Sorgerechtsentzug** erfolgte und die Kinder **7 Jahre und älter** waren:

92%

Bezogen auf Fälle, bei denen ein **(teil-)Sorge-rechtsentzug** erfolgte und die Kinder **12 Jahre und älter** waren:

100%

## Gutachten/Stellungnahmen:

76%

Stellungnahme  
Jugendamt

66%

Stellungnahme  
Verfahrensbeistand

43%

mindestens ein  
zusätzliches  
Expertengutachten

In jedem vierten  
Verfahren (26,2%) **drei  
und mehr** Gutachten!

## Verfahrensbeistände:

In rund  $\frac{3}{4}$  **aller Fälle**  
war ein  
Verfahrensbeistand  
bestellt.

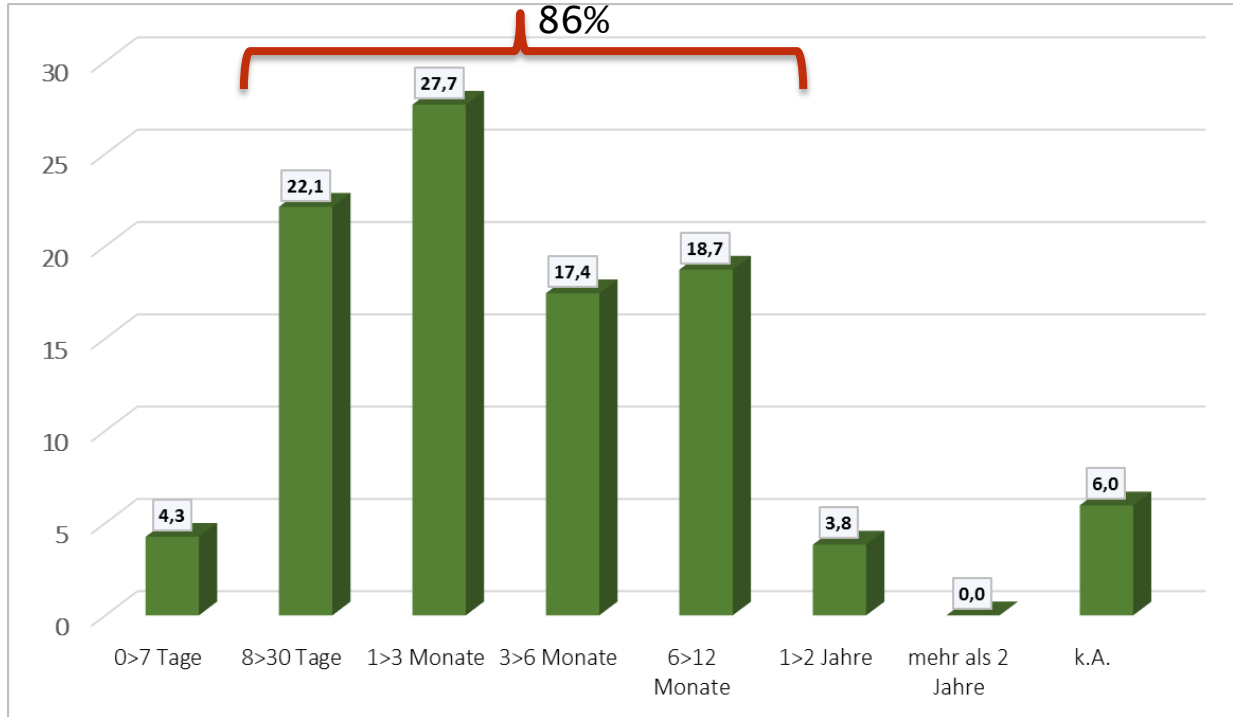
In **81% aller Fälle**  
stimmte dessen  
Empfehlung mit der  
des ASD überein.

## Anwaltliche Vertretung der Eltern:

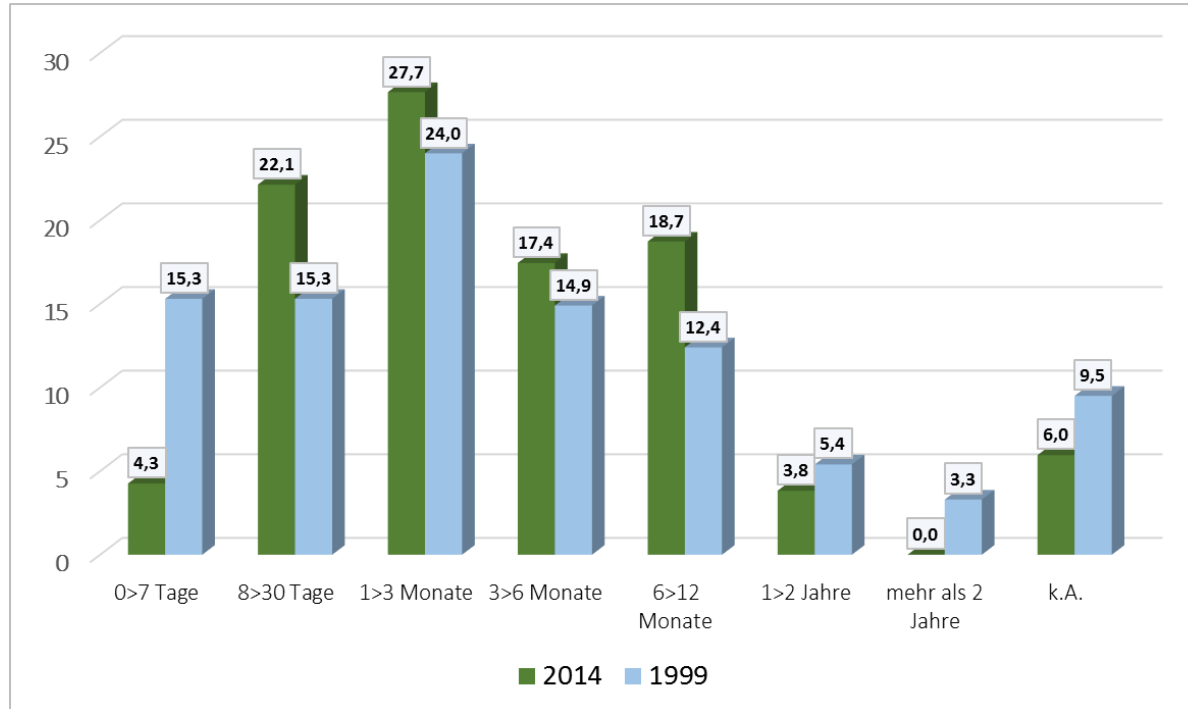
In jedem **zweiten  
Fall** sind Eltern  
anwaltlich  
vertreten (50,2%)

**n = 318**

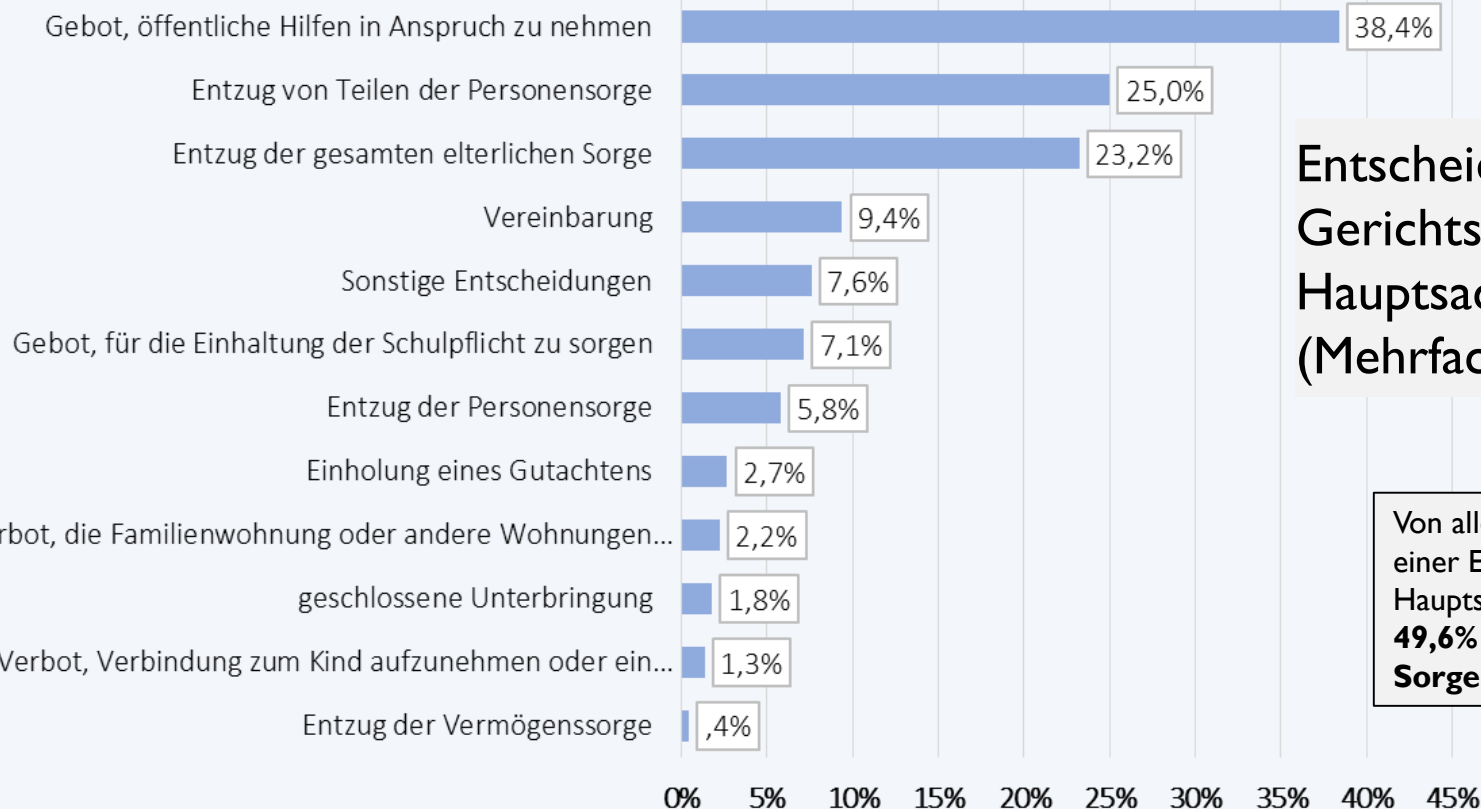
# Zeitraum von der Information bis zur Entscheidung des Gerichts in der Hauptsache (n=235) im Jahr 2014



# Zeitraum von der Information bis zur Entscheidung des Gerichts in der Hauptsache in den Jahren 1999 (n=242) und 2014 (n=235)

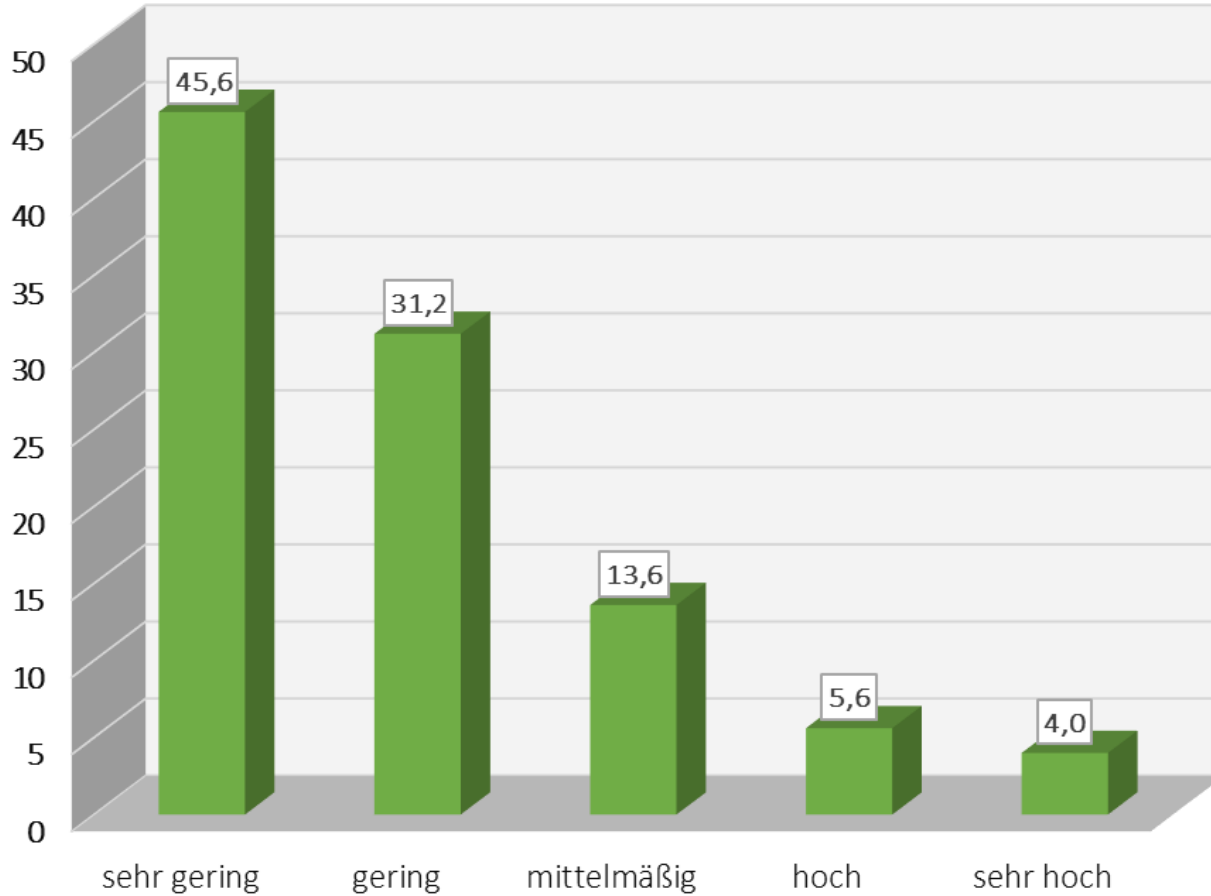






## Entscheidungen des Gerichts in der Hauptsache (n=243) (Mehrfachnennungen)

Von allen Fällen, in denen es zu einer Entscheidung in der Hauptsache kam, wurden in **49,6% (Teile der) elterlichen Sorgerechte entzogen.**



Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sorgerechte rückübertragen werden können? (n=125)

# Ergebnisse aus den Befragungen...

- in allen Jugendämtern gibt es verbindliche Richtlinien, wie bei Kindeswohlgefährdungsfällen zu Handeln ist,
- kaum ein Jugendamt arbeitet heute ohne (zumeist selbst entworfene) Instrumente zur Gefährdungseinschätzung - Gefahr: Instrumente werden formal bzw. zur Absicherung genutzt,
- die „Insoweit erfahrene Fachkraft“ wird in Kindeswohlgefährdungsfällen eher selten einbezogen,
- Jugendämter und Familiengerichte wachsen im Zeichen des FamFG dichter zusammen - die frühzeitige Zusammenwirken wird als legitime und wirkungsvolle Erweiterung des Handlungsspektrums beider Institutionen verstanden,
- viele Richter sind von einem korporativen Verständnis geprägt,
- Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern wird trotz rechtlicher Verankerung in den Jugendämtern und Familiengerichten unterschiedlich praktiziert,
- Beziehungsarbeit ist auch im Kinderschutz ein wichtiger Gelingens-Faktor,
- Verfahrensabläufe und Handlungsweisen im familiengerichtlichen Verfahren werden von Eltern, Kindern und Jugendlichen häufig als intransparent und unverständlich wahrgenommen.

# Zusammenfassung

## Konstanz zeigt sich bei...

- der Verteilung der Gefährdungslagen über die einzelnen Dimensionen,
- der Tatsache, dass fast drei Viertel der betroffenen Familien am Existenzminimum leben,
- der Verteilung der Altersgruppen (bei leichtem Anstieg der <3jährigen von 25% auf 30%),
- den Anlässen zur Einschaltung des Gerichts (25% akute Fälle; 90% sind dem Jugendamt z.T. schon über Monate und Jahre bekannt),
- der zurückhaltenden Anhörung von Kindern durch das Gericht,
- der durchschnittlichen Dauer des Verfahrens (bei leichtem Rückgang von Entscheidungen in den ersten vier Wochen).

# Zusammenfassung

## Veränderungen zeigen sich bei...

- den eklatant steigenden Sorgerechtsentzügen in der Bundesstatistik,
- den noch deutlicheren Varianzen innerhalb der Bundesländer und der Kommunen,
- der hohen Zahl an Meldungen von Gefährdungen, die das Jugendamt von Seiten anderer Institutionen erreichen (Gesundheitsbereich von 6% auf 17%; Schule von 4% auf 17%),
- dem starken Anstieg von Gutachterbestellungen,
- den deutlich höheren Anteilen psychisch kranker Eltern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!